



Beschlussvorlage

öffentlich: ja

Drucksachen-Nr.:
Erfassungsdatum:

Beschlussdatum:

Einbringer:

Erik von Malotki, Ausschuss für Bildung, Kultur, Universität, internationale Beziehungen und Wissenschaft; Mignon Schwenke, Ausschuss für Soziales, Jugend, Inklusion, Integration, Gleichstellung und Wohnen; Ibrahim al Najjar, Ortsteilvertretung Schönwalde 1

Beratungsgegenstand:

Ausreichende Ausstattung von Schulsozialarbeit für die Greifswalder Schulen und verbesserte Ausstattung mit Jugendsozialarbeit und Straßensozialarbeit

Beratungsfolge	am	TOP	Abst.	ja	nein	enth.
Verhandelt - beschlossen						
Finanzausschuss						
Sozialausschuss						
Bildungsausschuss						
Hauptausschuss						
Bürgerschaft	03.02.2020					

Beschlusskontrolle:

Bürgerschaft

Termin:

Haushalt	Haushaltsrechtliche Auswirkungen?		Haushaltsjahr
Ergebnishaushalt	Ja <input type="checkbox"/>	Nein: <input checked="" type="checkbox"/>	
Finanzhaushalt	Ja <input type="checkbox"/>	Nein: <input checked="" type="checkbox"/>	

Beschlussvorschlag

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald möge beschließen:

- 1) Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zusammen mit dem Schulamt, den Trägern der Schulsozialarbeit und den Schulen in Greifswald den Bedarf an zusätzlichen Stellen für die Schulsozialarbeit zu ermitteln. Dieses kann in Zusammenarbeit mit dem Ausschuss für Bildung, Kultur, Universität, internationale Beziehungen und Wissenschaft in gemeinsamen Netzwerkkonferenzen, unter Beteiligung des Landeskreises, umgesetzt werden.
- 2) Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Anzahl und Kosten der notwendigen Stellen ~~(100%~~ Finanzierung durch UHGW) dem Ausschuss für Bildung, Kultur, Universität, internationale Beziehungen und Wissenschaft im Vorfeld der Haushaltsberatungen vorzulegen.



- 3) Das Land, der Kreis und die Hansestadt Greifswald sind in der Pflicht Schul-, Jugend- und Straßensozialarbeit bedarfsgerecht auszustatten. Dafür ist es notwendig, ein Landesprogramm aufzulegen. Die Stadtverwaltung wird daher beauftragt, in den Gremien des Städte- und Gemeindetages dafür einzutreten, dass
- alle Schulen mit Schulsozialarbeiter*innen ausgestattet werden,
 - Schulen mit besonderen Herausforderungen zusätzlich ausgestattet werden,
 - unbefristete Arbeitsverträge und die tarifliche Entlohnung der Beschäftigten garantiert werden,
 - die Personalkosten für die Schulsozialarbeiter*innen vollständig durch das Land übernommen werden,
 - die Personalkosten für die Jugend- und Straßensozialarbeit von Land, Kreis und Hansestadt Greifswald gemeinsam getragen werden.

Sachdarstellung/ Begründung

Schulsozialarbeit ist für eine gute Schule von hoher Bedeutung. Dies gilt insbesondere für Schulen mit großen Herausforderungen (z.Bsp. mit hoher Anzahl von Schülern mit Förderbedarf). An diesen Schulen ist oft eine Schulsozialarbeiterstelle nicht ausreichend, sondern es bestehen zusätzliche Bedarfe. Dies wurde u.a. in einer Netzwerkkonferenz der Greif Grundschule deutlich. Dies führte zu einer Bewilligung einer zusätzlichen Stelle durch Bürgerschaft und Kreistag. In der Sitzung des Ausschuss für Bildung, Kultur, Universität, internationale Beziehungen und Wissenschaft wurde deutlich, dass in unserer Stadt zusätzliche Bedarfe für Schulsozialarbeit bestehen. Ziel der Vorlage ist es die Bedarf und die Kosten zu ermitteln. Es sollen im Bedarfsfall zum Beginn des 2. Schulhalbjahres 2020/2021 zusätzlich benötigten Stellen eingerichtet werden. Ein weiterer Teil der Vorlage betrifft die Ausgestaltung des zukünftigen Landesprogramms. Hieran ist u.a. der Städte und Gemeindetages beteiligt. Der Punkt 3) soll durch die Stadtverwaltung in den Gremien des Städte und Gemeindetages eingebracht werden.